

Liebe Leserinnen und Leser,

in dieser Ausgabe unseres Magazins „Transfer aktuell“ widmen wir uns einem Bildungsfeld, das in den vergangenen Monaten und Jahren an Relevanz gewonnen hat: Der Demokratiebildung und ihrer Verortung im kommunalen Kontext. Emotional geführte gesellschaftspolitische Debatten, veränderte Mehrheiten in Parlamenten und der Einfluss von Social Media auf die politische Willensbildung verändern das politische Handeln in den Kommunen. Sie stellen das demokratische System und die Akteure in Kommunalpolitik und -verwaltung vor große Herausforderungen: Politische Entscheidungen müssen transparent und nachvollziehbar kommuniziert, demokratische Prozesse besser erklärt werden. Auch Partizipationsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger gewinnen an Bedeutung.

Kommunalverwaltungen fällt bei der Demokratiebildung in mehrfacher Hinsicht eine Schlüsselrolle zu. Sie identifizieren sich vielerorts mit der Idee der „Bürgerkommune“, gestalten gesellschaftspolitische Diskurse öffentlich und integrieren systematisch Impulse der Zivilgesellschaft. Innerhalb der Verwaltungen wird reflektiert, wie ausgeprägt demokratisches und partizipatives Handeln bereits ist und wo es noch gestärkt werden kann. Zudem prägen Kommunen den Stellenwert von Demokratiebildung, formulieren strategische Ziele und stärken die Angebotspalette politischer Bildung vor Ort.

Mit dieser Ausgabe „Transfer aktuell“ geben wir Ihnen einen Einblick, wie das kommunale Bildungsmanagement vor Ort die Demokratiebildung und demokratische Prozesse stärkt. Neben einem Rückblick auf unsere virtuelle Themenwoche „Demokratie. Partizipation. Verwaltung“, die wir im Oktober 2020 angeboten haben, stellen wir Ihnen hierzu mehrere kommunale Beispiele vor (ab S. 10), die das Demokratie-Engagement der bayerischen Bildungsbüros verdeutlichen.

Zusätzlich möchten wir Ihnen das Interview mit Dr. Elisabeth Preuß (S. 8) empfehlen. Sie engagiert sich seit vielen Jahren als gewählte Vertreterin der Kommunen im Vorstand der Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg und zeigt auf, welche Möglichkeiten Kommunalverwaltungen haben, um demokratiefeindlichen Aktivitäten entgegenzutreten.

Mit dieser Ausgabe unseres Magazins beschließen wir ein Jahr 2020, das für Sie in den Kommunen, aber auch für uns in der Transferagentur mehr als ungewöhnlich war. Viele Selbstverständlichkeiten haben sich aufgelöst – mit Auswirkungen auf unser Angebotsportfolio und die Art und Weise, wie wir mit Ihnen zusammenarbeiten (S. 14). Wir freuen uns sehr, dass Sie all diese ungewöhnlichen Schritte mit uns gegangen sind und wir gemeinsam neue Formate und Formen der Kooperation gefunden haben. Dafür herzlichen Dank.

Wir wünschen Ihnen viel Spaß beim Lesen.

Carmen Dialer Florian Neumann

Carmen Dialer und Florian Neumann



IMPRESSUM

TRANSFER aktuell, Ausgabe 2020, Magazin der Transferagentur Bayern

Herausgeber: Transferagentur Bayern für Kommunales Bildungsmanagement

Regionalbüro Süd: Deutsches Jugendinstitut e. V., Nockherstr. 2, 81541 München; Telefon: 089/62306-229, Fax: 089/62306-162

Regionalbüro Nord: Europäische Metropolregion Nürnberg, Theresienstr. 9, 90403 Nürnberg; Telefon: 0911/231-78480, Fax: 0911/231-7972

E-Mail: bayern@transferagenturen.de, Web: www.transferagentur-bayern.de

Redaktion: Agata Kaminska, Almut Kriele, Martin Kypta, Sophie Münch, Florian Neumann, Ana Schönberger, Eva Schweigard-Kahn, Melanie Seidel, Gerlinde Knöpfler

Die Verantwortung für den Inhalt tragen die zu den einzelnen Beiträgen genannten Autorinnen und Autoren.

Gestaltung: Sunstudio Art, Augsburg

Druck: K. Schmidle Druck und Medien GmbH, Ebersberg

Bildnachweis: S. Zug (Titel, S. 4), Transferagentur Bayern (S. 2, 3, 7), Rudi Ott (S. 2), Kulturwissenschaftliches Institut Essen (S. 4), Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar (S. 5), Stadt Regensburg/Stefan Effenhauser (S. 6), Stadt Neustadt an der Weinstraße (S. 7), Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg (S. 3, 8), Landkreis Garmisch-Partenkirchen (S. 10), Landkreis Bamberg, Innovative Sozialarbeit e.V./Rahel Metzner (S. 11), Stadt Weiden i.d.OPf. (S. 12), Stadt Würzburg (S. 13), Stadt Fürth (S. 14), CDC on Unsplash (S. 14)

GEFÖRDERT VOM



Dieses Vorhaben wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung gefördert.



TITELTHEMA

Seite 4

Demokratie leben lernen



AUS DEN KOMMUNEN Seite 10



TIPPS & AKTUELLES Seite 14

TRANSFER aktuell 2020

TITELTHEMA

- 4 Demokratie leben lernen**
Ansätze für ein kommunales Bildungsmanagement
- 8 Regionale Allianz von Kommunen und Zivilgesellschaft – Strategien gegen Rechtsextremismus**
Im Gespräch mit Dr. Elisabeth Preuß, Vorstandsmitglied der Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg

AUS DEN KOMMUNEN

- 10 Demokratiebildung als strategisches Ziel**
Bildungsregion Garmisch-Partenkirchen nutzt SWOT-Analyse zur strategischen Zielsetzung
- 11 Politische Partizipation und Bildungsteilhabe**
Landkreis Bamberg verbindet zwei Kernelemente einer zukunftsweisenden Regionalentwicklung
- 12 Demokratie und Bildung – Hand in Hand im Bildungsbüro der Stadt Weiden**
Bildungsbüro der Stadt Weiden i.d.OPf. arbeitet mit zentralen Akteuren der politischen Bildung zusammen
- 13 Kommunale Schulentwicklungsplanung als Motor für mehr Zusammenarbeit in der Bildungsplanung**
Partizipativer Schulentwicklungsprozess der Stadt Würzburg

TIPPS & AKTUELLES

- 14 Kommunales Bildungsmanagement in Zeiten der Corona-Pandemie**
- 15 Informationen, Termine**

Demokratie leben lernen

Ansätze für ein kommunales Bildungsmanagement



Demokratie ist Gesellschafts- und Lebensform. Sie ermöglicht die Freiheit individueller Entscheidungen und Handlungen ihrer Bürgerinnen und Bürger genauso wie gemeinschaftliches und solidarisches Handeln. Demokratie ist aber auch ein permanenter gesellschaftlicher Lernprozess, in dem eine pluralistische Gesellschaft die Grundlagen ihres Zusammenlebens stets neu definiert. Sie basiert auf Werten und Normen, etwa der Akzeptanz der Meinungsvielfalt und der Kompromissfähigkeit. Bei Entscheidungen, die zu treffen sind, geht es um den demokratischen Prozess des Aushandelns selbst, um gute Argumente und gute Problemlösungen. Demokratie bewährt sich in diesem Sinn ständig neu.

Die gesellschaftlichen und technischen Entwicklungen der letzten Jahre haben die Form verändert, wie politische Diskurse geführt werden. In einer zunehmend heterogenen und polarisierten Gesellschaft wächst einerseits die Erwartung nach mehr Mitsprache. Andererseits werden Disparitäten in den Beteiligungsmöglichkeiten für unterschiedliche Teile der Bevölkerung deutlich. Es lohnt sich daher, kommunale Beteiligungsprozesse zu analysieren und ihre Entwicklungsmöglichkeiten im Bildungsbereich zu eruieren.

„Alle mitnehmen“ – leichter gesagt als getan! Beteiligung in einer Gesellschaft sozialer Disparität



Dr. Jan-Hendrik Kamlage,
Forschungsbereichsleiter Partizipationskultur des Kulturwissenschaftlichen Instituts Essen (KWI)

Bürgerbeteiligung ist in aller Munde: Mathehelferinnen und -helfer in Schulen, Jugendparlamente in Kommunen, Mentoren für Kinder aus benachteiligten Familien und Bürger-

initiativen gegen Missstände im Bildungssystem. Die Möglichkeiten, sich einzubringen, erweitern sich ständig. Wir leben heute in einer Beteiligungsgesellschaft, in der die Erwartung teilzuhaben weit verbreitet ist. Die Menschen sind heute gebildeter und kritischer und das Internet erlaubt es, dass sich Informationen immer schneller an eine große Anzahl von Menschen verteilen. Engagement lässt sich über die sozialen Medien enorm schnell mobilisieren.

Dieser Boom des Engagements hat auch eine Kehrseite! Die Zunahme an sozialer Ungleichheit in der Gesellschaft. Die Ungleichheit bedroht die Voraussetzungen für die Ausübung des Engagements. Menschen mit hohem Bildungsniveau, Einkommen und höherem sozialen Status engagieren sich stärker als jene mit weniger Ressourcen. Kurz: Die Lebenslage bestimmt, wer sich engagiert. Vertreterinnen und Vertreter aus Bildungsinstitutionen in den durchsegregierten, peripheren Quartieren der Städte wissen ein Lied davon zu singen. Mit diesen Bedingungen müssen Beteiligende umgehen.

Damit gute Ergebnisse anerkannt werden, braucht es inklusive Angebote, die nicht nur die üblichen Verdächtigen adressieren, weil sonst die Beteiligung der Gesellschaft noch ungleicher wird. Städte und Gemeinden brauchen sozial räumlich gedachte Angebote der Teilhabe und Beteiligung wie ein Quartiersmanagement. Angebote, die langfristig angelegt sind, echte Gestaltungsmöglichkeiten liefern und den Zugang zur Beteiligung steuern, wie etwa durch die Zufallsauswahl einer heterogenen Gruppe von Menschen.

„Wir brauchen Kommunen zukünftig noch mehr als Orte der Beteiligung, um demokratische Kompetenzen zu erlernen und unsere Demokratie gegen illiberale Herausforderungen zu schützen.“

Die Rolle der Kommunalverwaltung

Der Kommunalverwaltung fällt hierbei in mehrfacher Hinsicht eine Schlüsselrolle zu. Sie identifiziert sich vielerorts mit der Idee der „Bürgerkommune“, gestaltet gesellschaftspolitische Diskurse öffentlich und integriert systematisch Impulse der Zivilgesellschaft. Innerhalb der Verwaltung wird reflektiert, wie ausgeprägt demokratisches und partizipatives Handeln bereits ist und wo es noch gestärkt werden kann. Mit ihrem Fachwissen bereichert sie den politischen Diskurs, sie setzt Themen auf die Agenda und bereitet Entschlüsse vor, die in Governance-Gremien diskutiert und in politischen Gremien entschieden werden. Die Kommunalverwaltung ist die staatliche Institution, die Maßnahmen und politische Programme in der Alltagswelt der Bürgerinnen und Bürger umsetzt. In ihrer Selbstverwaltungskompetenz gestaltet die Kommunalverwaltung alle wesentlichen örtlichen Belange.

Demokratie und Verwaltung

Christian-Friedrich Lohe, Bildungsreferent in der Europäischen Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte in Weimar, thematisierte das Zusammenwirken zwischen Politik und Verwaltung insbesondere an zwei Aspekten:



Wie lassen sich Prozesse der Entscheidungsfindung, die regelmäßig in Bildungsbüros stattfinden, demokratischer gestalten?

Wichtig ist die Arbeit am eigenen Selbstverständnis: Bildungsbüros sind Wegbereiter politischer Entscheidungen und verfügen damit über eine gewisse Macht. Entscheidungen sollten daher stets dahingehend überprüft werden,

ob die Interessen der Bevölkerung ausreichend berücksichtigt wurden. Bildungsbüros können dies zum Beispiel durch eine entsprechende Nutzung ihrer Gremienstrukturen erreichen. Sind diese partizipativ ausgerichtet, können dort zivilgesellschaftliche Akteure die Interessen der Bürgerinnen und Bürger vertreten.

Wie sollte die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und politischen Gremien ausgestaltet sein?

Im Hinblick auf die Vorbereitung von politischen Entscheidungen plädiert Christian-Friedrich Lohe für einen transparenten Umgang zwischen Verwaltung und Politik. Gängige Praktiken der Verwaltung bezüglich der Weitergabe oder dem Zurückhalten von Informationen gegenüber Politik oder Öffentlichkeit sollten regelmäßig hinterfragt werden. Auch hier ist es die Aufgabe des Bildungsbüros, die Perspektive der Bürgerinnen und Bürger zur Grundlage ihrer Entscheidungsvorlagen zu machen und diese transparent und nachvollziehbar in politischen Gremien zu vertreten.

Die lokale Ebene ermöglicht ihrer Bürgerschaft die Chance, politische Entscheidungsprozesse nachzuvollziehen und auf sie Einfluss zu nehmen. Kommunen setzen daher verstärkt auf die Beteiligung ihrer Bürgerinnen und Bürger und beziehen ihre Sichtweisen und ihr Wissen in kooperativ gestaltete Planungsprozesse ein. Das kann von Mitsprachemöglichkeiten bis hin zur echten Beteiligung an Entscheidungen reichen. Indem die Kommune reale Situationen des Demokratielearnens schafft, trägt sie zur Sicherung des demokratischen Systems bei. Die Kommunalverwaltung profitiert ihrerseits davon, denn durch die partizipative Auseinandersetzung mit Vorhaben stehen Planungen auf einer solideren Basis. vielerorts werden auch Beiräte und Jugendparlamente in die Gestaltung kommunaler Politik einbezogen. Damit prägen Kommunen den Stellenwert von gelebter Demokratiebildung.

Demokratiebildung als Handlungsfeld im kommunalen Bildungsmanagement

Da Kommunen sich heutzutage mit dem Leitbild der Bürgerkommune identifizieren, ergeben sich Handlungsimplikationen für das kommunale Bildungsmanagement: das Handlungsfeld der Demokratiebildung zu entwickeln und die Angebotspalette politischer Bildung vor Ort zu stärken. Es greift dabei auf Ansätze und Methoden zurück, die es auch zur Entwicklung anderer Institutionen-übergreifender Bildungsthemen anwendet.

Akteure vernetzen – Transparenz schaffen



Oft gibt es in einer Kommune bereits viele Akteure, die Demokratiebildung für unterschiedliche Zielgruppen anbieten. Formale Bildungseinrichtungen wie Schulen kooperieren auf diesem Gebiet mit außerschulischen Bildungspartnern.

Wo gibt es Bedarfslücken oder werden wichtige Zielgruppen nicht erreicht? Ein kommunales Bildungsmanagement koordiniert die Netzwerkbildung zwischen den lokalen Bildungsakteuren. Es holt die relevanten Akteure an einen Tisch, ermöglicht Transparenz und Überblick. In Bildungsbeiräten oder Arbeitskreisen werden fundierte Einschätzungen über die Bedarfslage geteilt sowie Handlungsstrategien und Maßnahmen entwickelt (vgl. Praxisbeispiel Landkreis Bamberg S. 11).

Informationen gewinnen – Bestand erheben



Mit dem Bildungsmonitoring erarbeiten sich die handelnden Akteure der Kommunalverwaltung eine systematische Faktenlage, die eine fundierte Einschätzung zum Stand der Demokratiebildung vor Ort erst ermöglicht und die Basis für eine zielgerichtete Weiterentwicklung legt. Neben der systematischen Evaluation bisheriger Bildungsangebote und Beteiligungsmöglichkeiten sind hierzu auch Befragungen von lokalen Expertinnen und Experten auf dem Gebiet Demokratiebildung denkbar, um deren Erfahrungen und Wissen zu Zielgruppen und Bedarfen einzubeziehen. Über Erhebungen werden zudem Sichtweisen der Bürgerinnen und Bürger und deren kreative Ideen zur Weiterentwicklung der lokalen Bildungslandschaft erfasst. Hier besteht die Möglichkeit, gesellschaftliche Gruppen partizipieren zu lassen, die bei der politischen Willensbildung häufig unterrepräsentiert sind, etwa Kinder und Jugendliche oder Migrantinnen und Migranten (vgl. Praxisbeispiel Stadt Würzburg S. 13).



Jugendbeiratswahl: Es ist Deine Stadt - Misch dich ein!

Verwende Deine Jugend! Kinder und Jugendbeteiligung in der Stadt Regensburg

In der Stadt Regensburg wird demokratisches Handeln von klein auf geübt. Regensburg ist zertifizierte Kinderfreundliche Kommune und beteiligt sich am Bundesprogramm „Demokratie leben!“ (BMFSFJ).

Der strukturell verankerte Jugendbeirat ist ein Erfahrungs- und Gestaltungsraum, in dem Jugendliche die Entwicklung ihrer Stadt aktiv mitprägen. Denn Demokratie ist nicht nur eine Regierungsform, sondern vielmehr eine Form des Umgangs, des Zusammenlebens. Auf kommunaler Ebene ist der Zusammenhang klarer und bietet Kommunen eine Chance, Kinder und Jugendliche für Politik zu begeistern.

Christoph Seidl, Koordinator der Fachstelle „Demokratie leben!“, betont: *„Bei genauem Blick auf empirische Jugendstudien (Shell, Sinus) wird deutlich, dass die ‘unpolitische Jugend’ ein Mythos ist. Zu erkennen ist vielmehr eine ‘Verdrossenheit’ in Bezug auf konventionelle Formate. Eine von Adultismus und Expertentum geprägte Politik ist für junge engagierte Menschen nicht attraktiv genug und muss sich hinterfragen. Junge Menschen präferieren aktionsorientierte und erlebbare Formen der politischen Teilhabe und sind mit geeigneten Angeboten durchaus für repräsentative Formate zu gewinnen.“*

Die Jugend ist gut informiert, beruft sich auf wissenschaftliche Erkenntnisse und fordert eine nachhaltige Zukunft. Sie liefert Impulse für gesamtgesellschaftliche Herausforderungen – Klima, Migration, Generationengerechtigkeit – und fordert den Diskurs zu wichtigen Fragestellungen: In welcher Gesellschaft wollen wir leben? Können wir es uns als Gesellschaft in Zukunft leisten, weite Teile der Bevölkerung von politischer Teilhabe auszuschließen?

Jugendpolitik muss vor allem nicht für, sondern mit Jugendlichen gedacht und gemacht werden. Sie sind Expertinnen und Experten in eigener Sache! Jugendbeteiligung ist als Prozess zu verstehen, den Kommunen initiieren und koordinieren müssen.

Impulse geben – Diskurse gestalten



Mit einem geschärften Blick für die Facetten demokratischen Handelns wirkt ein kommunales Bildungsmanagement in die Verwaltung hinein. Es gibt gezielte Anregungen, Verwaltungsabläufe transparenter oder mit einer Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger zu gestalten. Außerdem trägt es das Thema Demokratiebildung in die Öffentlichkeit. Mit einer Bildungskonferenz, die sich der Demokratiebildung widmet, gelingt es dem kommunalen Bildungsmanagement, einen öffentlichen Diskurs anzuregen und die Fachöffentlichkeit einzubeziehen. Davon geht das Signal aus, dass sich die Kommune für eine gelebte Demokratie stark macht und dafür alle mit ins Boot holt (vgl. Praxisbeispiel Landkreis Garmisch-Partenkirchen S. 10).

Ideen entwickeln – Projekte anstoßen



Mitsprechen, mitwirken, mitentscheiden: Es gibt zahlreiche Gelegenheiten, im täglichen Zusammenleben demokratisches Handeln zu praktizieren. Viele Einrichtungen und Bildungsakteure, die mit Kindern, Jugendlichen oder Erwachsenen zusammenarbeiten, sind hier kreativ und probieren neue Formen der Beteiligung aus. Das kommunale Bildungsmanagement greift innovative Projektideen auf und unterstützt deren Umsetzung. Mit seinen Kompetenzen im Projektmanagement und seinem Wissen über die Verwaltung und die Aktivität vor Ort berät es die Akteure, wie eine Projektidee erfolgreich umgesetzt werden kann. Aus vielen Einzelinitiativen wird so eine Gesamtstrategie für die Kommune (vgl. Praxisbeispiel Stadt Weiden S. 12).

Demokratiebildung in Neustadt an der Weinstraße

von Stefanie Deutsch, Bildungsmanagement und Petra Schanze, Jugendamt, Stadt Neustadt an der Weinstraße, Rheinland-Pfalz



Neustadt an der Weinstraße ist Demokratiestadt! Bereits zu Beginn der Arbeit des Bildungsbüros wurde 2016 in einem partizipativen Workshop das Thema „demokratische Beteiligung in Neustadt stärken“ erarbeitet und priorisiert. Seitdem gibt es ein jährliches „Netzwerktreffen Demokratie“, bei dem Interessierte und Akteure aus Politik, Verwaltung,

Kita, Schule und Zivilgesellschaft zusammen am Aufbau eines Demokratieleitbildes arbeiten.

Demokratiebildung hat für Neustadt viele Facetten und wird für alle Bürgerinnen und Bürger unabhängig ihres bildungsbiografischen Hintergrunds erlebbar: Sei es durch interaktive vom Jugendamt konzipierte Demokratieprojekte mit Demokratiestätten wie dem Hambacher Schloss, dem Bürgereckenrat im Stadtteil Branchweiler, in der Jugendbeteiligung im Jugendcafé oder schon bei den Kleinsten im Kinderparlament der Kita Hetzelstift. Was im Laufe der letzten Jahre deutlich wurde ist, dass sich demokratische Beteiligung auch in Lebensbereichen abspielt, wo man sie zunächst gar nicht vermutet, z. B. in Mietergemeinschafts- oder Schulgärten. Die dort notwendigen Aushandlungsprozesse lassen die Menschen aufeinander zugehen und in Verhandlungen treten. Es müssen Kompromisse gefunden werden, um Einigung zu erzielen. Daraus hat sich eine starke Gemeinschaft gebildet, die gegen die Fragilität der Demokratie durch gesellschaftlichen Zusammenhalt gewappnet ist. Dazu hat sich der Stadtrat in seiner Sitzung am 29.09.2020 offiziell bekannt und den Beschluss zur Profilierung von Neustadt an der Weinstraße zur Demokratiestadt gefasst.

Fachtag 2020 – Virtuelle Podiumsdiskussion

Mit dem diesjährigen Fachtag „**Demokratie – Partizipation – Verwaltung – Ansätze für ein kommunales Bildungsmanagement**“ (Oktober 2020) lenkte die Transferagentur den Blick auf die Gestaltungsmöglichkeiten kommunaler Bildungsbüros für partizipative demokratische Prozesse und Demokratiebildung. In der virtuellen Podiumsdiskussion diskutierten die Referentinnen und Referenten (vgl. hierzu auch die jeweiligen Kurzbeiträge), wie

- Beteiligungsprozesse im Bildungsbereich in Zeiten zunehmender Polarisierung gelingen (Dr. Kamlage, Seidl),
- ein Bildungsbüro zur zentralen Koordinationsstelle für die Bildungsakteure im Handlungsfeld Demokratiebildung werden kann (Deutsch/Schanze) und
- wie grundsätzlich Verwaltungen (noch) demokratischer agieren können (Lohe).

Vgl. hierzu die Dokumentation des Fachtags unter



www.transferagentur-bayern.de/materialien/dokumentationen

↳ Text: Regionalbüro Nord



Regionale Allianz von Kommunen und Zivil- gesellschaft – Strategien gegen Rechtsextremismus

Im Gespräch mit Dr. Elisabeth Preuß



Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg

Bundesweit einmalig ist die Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg, in der sich seit 2009 152 Kommunen und Landkreise sowie 248 zivilgesellschaftliche Initiativen zusammengeschlossen haben, um gemeinsam Haltung zu zeigen für eine lebendige und wehrhafte Demokratie. Anlass für die Gründung des Netzwerkes waren die rechtsextremen Aufmärsche und Aktivitäten in Gräfenberg und Wunsiedel im Jahr 2009. Das Engagement der Allianz wurde mit zwei bundesweiten Preisen gewürdigt: 2016 mit dem Bürgerpreis des bayerischen Landtags und 2017 mit dem deutschen Engagementpreis in der Kategorie „Demokratie stärken“.

Zu den Aktivitäten der Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg und den kommunalen Erfahrungen in diesem Netzwerk haben wir Dr. Elisabeth Preuß als Vorstandsmitglied interviewt.

Zur Person

Dr. Elisabeth Preuß ist seit vielen Jahren die gewählte Vertreterin der Kommunen im Vorstand der Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg.

Sie war 17 Jahre als Bürgermeisterin und Referentin für Soziales, Integration, Inklusion und demografischer Wandel für die Stadt Erlangen tätig.

Seit Mai 2020 ist Dr. Preuß bei der Volkshochschule (vhs) Erlangen für das Thema dezentrale Bildung, Begleitung des Muslimischen Bildungswerkes und Seniorenarbeit verantwortlich.

Weitere Informationen:

Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg



www.allianz-gegen-rechtsextremismus.de

Alle Broschüren können direkt bei der Allianz gegen Rechtsextremismus bestellt werden.



Kampagne „Wer Demokratie wählt, wählt keine Rassisten“

www.wer-demokratie-waehlt-keine-rassisten.de

Transferagentur Bayern: Wie können Kommunen von dem breiten Bündnis der Allianz mit den vielfältigen Akteuren aus der Zivilgesellschaft profitieren? Worin zeigen sich die besonderen Vorteile?

Dr. Elisabeth Preuß: Den Mehrwert für die Kommunen kann man gar nicht überschätzen, denn gute Information ist entscheidend. Die Rechtsextremen sind rechtlich meist gut aufgestellt. Daher haben wir – mit Unterstützung der Rechtsämter unserer Kommunen – dieses Jahr (2020) eine neue Handreichung zu rechtlichen Hinweisen und Ratschlägen für Kommunen veröffentlicht, um den vorhandenen Handlungsspielraum deutlich zu machen. Die Kommune muss nicht von Null anfangen, das Rad nicht neu erfinden, sondern kann sich bei ähnlichen Problemstellungen – über die Allianz vermittelt – von Kommunen oder Allianz-Partnern mit einschlägigen Erfahrungen beraten lassen. Für jede Frage erhalte ich eine konkrete Antwort. Das ist besonders für kleinere Kommunen relevant. Zentrale Anlaufstelle ist die Geschäftsstelle der Allianz, angesiedelt beim Menschenrechtsbüro der Stadt Nürnberg.

Welche Beobachtungen haben Sie aus Ihrer langjährigen Funktion als Sozialreferentin und Bürgermeisterin gemacht? Wie kann verantwortungsvolles Verwaltungshandeln gelingen? Welche Strategien bieten sich für die Kommunen?

An **allererster Stelle** steht, dass die kommunale Spitze und die Vorgesetzten hinter den eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern stehen und sich diese auf deren Unterstützung verlassen können. In der Stadt Erlangen gibt es die klare Haltung, dass bei diesem Thema am Ende nicht die einzelne Sachbearbeiterin, sondern die bzw. der Vorgesetzte oder die Referentin bzw. der Referent dafür einsteht. Die seit 2014 auf Initiative der Stadt Erlangen eingeführte Kampagne „Menschenwürde=unantastbar“ mit kreativen Aktionen verstärkt dieses Anliegen. Das **zweite Mittel** ist Prävention: Die Kommune kann sehr viel in der Bevölkerung bewirken, wenn sie freiwillige Bildungsangebote (z. B. über die Volkshochschulen) zusätzlich zu den rein schulischen Angeboten aktiv bereithält. Es ist zudem wichtig, alle demokratischen Strukturen bei ihrer eigenen Präventionsarbeit zu stärken. Beispielsweise durch die Unterstützung von „Schulen gegen Rassismus“ oder des Ausländerbeirates. Die Kommune kann dadurch zum einen Rechtsextremismus vorbeugen und zum anderen die Stadtgesellschaft und die NGOs stark machen. Ein **dritter Punkt** ist, dass bei städtischem Handeln immer alle Bürgerinnen und Bürger mitzunehmen sind und es eine Offenheit für kritische Anmerkungen gibt. Bei der Bereitstellung von kommunalen Flüchtlingsunterkünften beispielsweise war es wichtig, nicht nur zu informieren, sondern auch den Raum für einen Austausch zu schaffen und ausdrücklich zu kritischen Fragen einzuladen, damit die Bürgerinnen und Bürger ihre Ängste und Sorgen äußern können.

Welche Veränderungen haben Sie in den letzten 20 Jahren festgestellt? Haben sich die Partizipationsmöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger mittlerweile erweitert, Stichwort Bürgerkommune?

Eine wichtige Erkenntnis aus meiner eigenen Stadt ist, dass es oft kein einfacher Lernprozess für die Kommune ist, Bürgerbeteiligung richtig einzufädeln und seitens der Bürgerinnen und Bürger, diese auch richtig anzunehmen.

Dies gilt für alle Demokratiefragen. Die kommunale Spitze kann die Ämter ebenso dazu ermutigen, andere Bildungsakteure miteinzubeziehen. Dezentrale Bildungsarbeit spielt hier eine große Rolle. Es ist wichtig bei der Bereitstellung von Bildungsangeboten, die Vereine und Initiativen vor Ort mitzunehmen, dadurch werden Weiterentwicklungen von Angeboten vor Ort viel stärker partizipativ als früher.

Wo gibt es geeignete Ansatzpunkte für Kommunen, die Kooperation mit der Zivilgesellschaft zu vertiefen?

Die Allianz würde nicht weiterkommen, wenn sie nicht ganz intensiv mit der Zivilgesellschaft kooperieren würde. Wichtige Akteure der Zivilgesellschaft vor Ort sind neben den Kirchen und Sportvereinen die Stadt- oder Kreisjugendringe. Dadurch gelingt ein Zugang zu Jugendorganisationen wie z. B. der Jugendfeuerwehr oder der Jugendgewerkschaft. Über die Breitenwirkung dieser NGOs können tatsächlich Jugendliche aus allen Bildungsschichten erreicht werden. In der Stadt Erlangen gibt es beispielsweise einen hauptamtlichen Mitarbeiter, der die Schulen und NGOs gegen Rassismus unterstützt. Dies kann nicht allein durch ehrenamtliche Tätigkeit geleistet werden.

Die Allianz ist in drei Handlungsfeldern besonders aktiv. Neben den Themen Sport und Gastronomie gibt es auch einen aktiven Arbeitskreis (AK) Bildung. Welche Themen sollten in der Politik und Verwaltung ein stärkeres Gewicht bekommen?

Ein wichtiges Anliegen des AK Bildung ist der Diskurs über unser aktuelles Bildungssystem: Die Aufnahme von Demokratiebildung als Querschnittsthema in die Curricula vieler Lehrfächer, Medienbildung, also der Umgang mit Medien, Menschenrechtsbildung und interkulturelle Bildung. Diese Themen sind nicht nur für Schulen, sondern bereits in der frühkindlichen Bildung relevant. Ebenso ist für eine dauerhafte Veränderung eine nachhaltige Mittelausstattung an den Schulen notwendig. Die Shell-Studie „Eine Generation meldet sich zu Wort“ von 2019 hat die Erfahrungen der Allianz bestätigt, dass Bildung eben der Schlüssel für die Entwicklung von Werten ist, die sich positiv auf das Zusammenwirken auswirken. Präventive Bildungsangebote sind ebenso in der Erwachsenenbildung wie in den Volkshochschulen, aber auch in der beruflichen Bildung wichtig.

Worin sehen Sie die zukünftigen Herausforderungen für die Allianz im Bereich Demokratiebildung? Woran sollten die Akteure in den nächsten Jahren ansetzen?

Aus meiner Sicht gibt es hier vier wichtige Punkte. Erstens: Klare Kante und klare Worte der Allianz beim Auftreten von Rechtsextremisten. Zweitens: Unsere Mitglieds-Kommunen und Mitglieds-NGOs stärken und unterstützen durch schnelle Hilfe. Drittens: Rechtsextreme Positionen entlarven, Gegenargumente anbieten und über Handreichungen vielen Bildungseinrichtungen zur Verfügung stellen. Viertens: Öffentliche Sichtbarkeit der Allianz gegen Rechtsextremismus erhöhen, insbesondere vor Wahlen. Eine wichtige demokratische Maßnahme ist unsere erfolgreiche Kampagne „Wer Demokratie wählt, wählt keine Rassisten“. Bei der letzten Kommunalwahl in Bayern im März 2020 haben sich rund 600 Kandidatinnen und Kandidaten aus der Metropolregion Nürnberg angeschlossen.

↳ Das Interview führte: Regionalbüro Nord

Praxisbeispiel Landkreis Garmisch-Partenkirchen

Demokratiebildung als strategisches Ziel

Vermeehrt treten in Deutschland rechtsextreme Haltungen, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Hass, Hetze sowie Politikverdrossenheit öffentlich zu Tage. Um einer zunehmenden Spaltung der Gesellschaft vor Ort zu begegnen, nimmt die Bildungsregion Garmisch-Partenkirchen das Thema „Gesellschaftliche Veränderungen“ als ein Handlungsfeld seiner strategischen Zielsetzung in den Blick. Unter „Gesellschaftliche Veränderungen“ verstehen die beteiligten Akteure die gewandelten Anforderungen an demokratische Bildung sowie bürger-schaftliches Engagement. Die Entscheidung zu diesem Handlungsfeld fiel in einer Sitzung des Steuerungsgremiums im Jahr 2018, bei der durch eine SWOT-Analyse die strategischen Ziele der Bildungsregion erarbeitet wurden.

Mit der SWOT-Analyse als Methode für die strategische Bildungsplanung gelang es dem Steuerungsgremium, sich einen Überblick über Stärken, Schwächen, Chancen und Risiken zu einem Themenfeld zu verschaffen (SWOT= Strengths, Weaknesses, Opportunities und Threats). Dadurch wurden Handlungsfelder identifiziert, die besondere Maßnahmen erfordern. An der Entscheidung beteiligt waren die Mitglieder des Steuerungsgremiums: der stellvertretende Landrat, die Bürgermeisterin von Garmisch-Partenkirchen, das Schul- und Jugendamt, Beauftragte für Senioren und Inklusion sowie Familienbildung, weiterführende Schulen, Vertreterinnen und Vertreter aus der frühkindlichen Bildung, Integration, Arbeitsagentur, Wohlfahrtsverbände, der Kreisjugendring und die offene Jugendarbeit.

Bildungsbüro übernimmt Koordination und ist Impulsgeber

Vorbereitet und koordiniert wurde der Entscheidungsprozess vom Bildungsbüro, das Vorlagen für das Steuerungsgremium erarbeitet und für die Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen sorgt. Je nach Themenfeld und Anlass initiiert das Bildungsbüro dazu auch Unterarbeitsgruppen mit den Bildungsakteuren des Gremiums und weiteren Stakeholdern. Bei jedem Thema prüft das Team im Bildungsbüro, wer daran beteiligt ist und welche relevanten Akteure es ins Boot zu holen gilt. So hat das Bildungsbüro beispielsweise Expertinnen und Experten eines anderen Landkreises eingeladen, um sich über die Erfahrungen des Projekts mit der „Lokalen Partnerschaft für Demokratie“ im Rahmen des bundesweiten Strukturprogramms „Demokratie leben!“ zu informieren. Die Bewerbung für eine „Lokale Partnerschaft für Demokratie“ wurde dann auch einstimmig vom Steuerungsgremium beschlossen.

„Lange Nacht der Demokratie“ informiert über demokratische Strukturen im Landkreis



Lange Nacht der Demokratie 2018

Erste Maßnahmen laufen schon: Im Jahr 2018 fand beispielsweise bereits erstmals eine „Lange Nacht der Demokratie“ in Murnau, stellvertretend für den gesamten Landkreis, statt. Hier konnten die Vereine, Verbände und Organisationen aus dem Landkreis auf die vielfältigen demokratischen Strukturen im Landkreis aufmerksam machen und Partizipationsmöglichkeiten aufzeigen. Zudem fand eine breite Sensibilisierung

beim Umgang mit rechtsextremen Tendenzen statt. Da die Veranstaltung von der Bevölkerung gut angenommen wurde, setzte sich die Bildungsregion für eine Fortführung 2021 ein.

Blick nach vorn: Mit „Demokratie leben!“ sollen Anstrengungen verstärkt werden

Ziel des Landkreises ist es, Aktionen und Maßnahmen zur politischen Bildung vor Ort vermehrt zu initiieren und zu unterstützen – insbesondere im Hinblick auf eine Extremismusprävention. Deshalb baut man auf einen positiven Bescheid der Bewerbung zur „Lokalen Partnerschaft für Demokratie“ im Rahmen von „Demokratie leben!“. Damit würden dem Landkreis eine weitere Halbtagspersonalstelle bei einem freien Träger unter Federführung der Bildungsregion sowie finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, um sämtliche Anstrengungen in diesem Bereich zu verstärken und auszubauen.

↳ Text: Landkreis Garmisch-Partenkirchen

Weitere Informationen:

Bildungsregion Garmisch-Partenkirchen
www.lra-gap.de/de/bildungsregion.html

Praxisbeispiel aus dem Landkreis Garmisch-Partenkirchen:
 Gemeinsam zur strategischen Bildungsplanung
www.transferagentur-bayern.de/fokus-bayern/beispiele-aus-der-praxis



Praxisbeispiel Landkreis Bamberg

Politische Partizipation und Bildungsteilhabe

Der Landkreis Bamberg verbindet zwei Kernelemente einer zukunftsweisenden Regionalentwicklung.



Erste Demokratiekonferenz im Landkreis Bamberg, November 2019

Seit 2016 gibt es im Landratsamt Bamberg das Bildungsbüro mit den BMBF-Bundesprogrammen „Bildung integriert“ und „Kommunale Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte“ (KoKo). Das BMFSFJ-Programm „Demokratie leben!“ kam 2019 als weiteres hinzu. Innerhalb weniger Monate gelang es, Projekte zu realisieren und Prozesse anzustoßen, die eine stärkere Partizipation der Bevölkerung an gesellschaftlichen und politischen Prozessen zum Ziel haben. Der Verein „Innovative Sozialarbeit“ (iSo e.V.), ein regionaler und bestens vernetzter Träger der Jugendhilfe, ist hier der zentrale Partner für die Zusammenarbeit und Ausgestaltung des Programms.

- Die Veranstaltungsreihe „Politik zum Anfassen“ bringt Jugendliche mit Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern aus der Politik zusammen und fördert den demokratischen und konstruktiven Austausch.
- Beim jährlichen „Wunschkonzert“ bringen Jugendliche eigene Projektideen für ihre Gemeinden ein und stimmen untereinander über die Verteilung der Gelder aus dem Jugendfonds ab.
- Die jährliche **Demokratiekonferenz** bietet allen Interessierten die Möglichkeit, sich in Workshops und Foren miteinander über Möglichkeiten auszutauschen, wie die Zivilgesellschaft unterstützt und das Demokratieverständnis gestärkt werden kann. Im November 2020 wurde die Demokratiekonferenz mit der ebenfalls jährlichen gemeinsamen Bildungskonferenz von Stadt und Landkreis zusammengelegt. Das Thema lautet „Partizipation und Teilhabe“ und zeigt die enge Verzahnung im Bereich der politischen Bildung.

Elementarer Bestandteil bei „Demokratie leben!“ ist die Förderung eingereicherter Projektanträge über den Aktions- und Initiativfonds. So können direkt demokratiefördernde Initiativen im Landkreis unterstützt werden. Zuletzt wurde beispielsweise eine Ideenwerkstatt zum Umgang mit Rechtspopulismus in der Sozialen Arbeit, die Etablierung eines interkulturellen Gemeinschaftsgartens oder auch die Initiierung eines gemeindlichen Jugendparlaments gefördert.

„Der Landkreis Bamberg steht für eine offene und demokratische Gesellschaft. Die Gestaltungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger haben höchste Priorität.“

Landrat des Landkreises Bamberg und Ratsvorsitzender der Europäischen Metropolregion Nürnberg
Johann Kalb

Der bisherige KoKo-Kontext wird im Landkreis Bamberg weiterentwickelt zu einem neuen Feld „Partizipation und Bildungsteilhabe“. Somit werden die aufgebauten Netzwerke und Strukturen weitergeführt und die Projekte im Rahmen der Bildungsteilhabe auf eine breitere Zielgruppe ausgedehnt.

Ein Meilenstein für die Partizipation junger Menschen im Landkreis Bamberg ist die Einrichtung eines **Jugendkreistags**, für den sich im Juli der Kreisausschuss einstimmig ausgesprochen hat und der Anfang 2021 zu seiner ersten Sitzung zusammenkommen wird. Das Fundament dafür ist die enge und intensive Zusammenarbeit mit den Schulen in der Region, mit dem Staatlichen Schulamt, dem Fachbereich Schulen im Landratsamt, mit Jugendeinrichtungen, mit iSo e.V. und mit dem Kreisjugendring. Das Bildungsmanagement mit seiner Netzwerkarbeit und das Bildungsmonitoring mit der empirischen Basis und einer Begleitevaluation stellen hierzu wichtige Säulen dar.

↳ Text: Bildungsbüro Landkreis Bamberg

Weitere Informationen:

Partnerschaft für Demokratie im Landkreis Bamberg.

 www.demokratie-leben-ist.de

Bildungsbüro des Landkreises Bamberg (Vorstellung aller Partizipationsprojekte des Bildungsbüros 2016-2020 unter Aktuelles)

 www.landkreis-bamberg.de/Bildungsbüro

Bildungsregion Bamberg

 www.bildungsregion-bamberg.de

**Bildungsregion
Bamberg**



Praxisbeispiel Stadt Weiden i.d.OPf.

Demokratie und Bildung – Hand in Hand im Bildungsbüro der Stadt Weiden

Das Bildungsbüro der Stadt Weiden i.d.OPf. arbeitet mit zentralen Akteuren der politischen Bildung vor Ort zusammen, um Lücken zu finden und das Bildungsangebot zu verbessern. Hilfreich ist dabei die enge Abstimmung mit dem Begleitausschuss aus dem Programm „Demokratie leben!“

Politische Bildung erhält in der Stadt Weiden seit dem Jahr 2009 ein besonderes Augenmerk. Ein breites Bündnis aus Politik und Gesellschaft stellte sich einem Protestmarsch von rechtsradikalen Gruppen entgegen. Auf Dauer setzt das breite Bündnis auf Bildung: Zu diesem Zweck beteiligte sich die Stadt Weiden von 2011 bis 2014 am Förderprogramm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“. Seit 2015 nimmt die Stadt am Bundesprogramm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ teil.

Für die Umsetzung des Programms ist die Gründung eines Begleitausschusses erforderlich, der wichtige Akteure der Stadtgesellschaft an einen Tisch bringt. Der Begleitausschuss setzt sich in Weiden aus fünfzehn stimmberechtigten Vertreterinnen und Vertretern von Vereinen, Verbänden, Kirchen und öffentlichen Institutionen zusammen. Diese repräsentieren unterschiedliche Gruppen der Stadtgesellschaft, wie zum Beispiel Jugendliche, Menschen mit Behinderung, Neuzugewanderte, Kirchen, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung und den Stadtrat.

Seit dem Jahr 2017 wird das Akteure-Netzwerk von „Demokratie leben!“ schrittweise in die strategische Planung eines kommunalen Bildungsmanagements einbezogen: Das Team des Bildungsbüros ist seit 2018 für das gesamte Lernen im Lebenslauf zuständig und konnte dabei in der politischen Bildung die etablierten Strukturen nutzen, unter anderem mittels der Integration der Bildungskoordination in den Begleitausschuss. Dadurch wurde es möglich, Bildungs- und Integrationsprojekte kennenzulernen und gegenseitig in den Netzwerken zu bewerben. Mittlerweile ist die Koordinierungsstelle von „Demokratie leben!“ ein Teil des Bildungsbüros. Der dadurch sehr enge Austausch dient dem Ziel, die Bildungsangebote bedarfsgerecht weiterzuentwickeln und die Chancengerechtigkeit zur Teilhabe an Bildung in Weiden zu verbessern.



Begleitausschuss von „Demokratie leben!“ in der Stadt Weiden 2017

Gemeinsam wurden beispielsweise nachfolgende Projekte erfolgreich organisiert: Das Bildungsbüro konzipierte mit weiteren Bildungsakteuren Ende 2018/Anfang 2019 zwei Veranstaltungen zum Thema 100 Jahre Frauenwahlrecht. Teil dieser Veranstaltungen war die Wanderausstellung „Mütter des Grundgesetzes“. Sowohl die Veranstaltungen als auch die Wanderausstellung konnten im Netzwerk „Demokratie leben!“ vor Ort beworben werden und stießen auf reges Interesse. Die Wanderausstellung wurde 2019 laufend nachgefragt, unter anderem vom Netzwerk „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“.

Aus der engen Abstimmung zwischen Bildungsbüro und Begleitausschuss entstand nun die Idee für eine Bildungskonferenz im Jahr 2021 zum Thema „Demokratie und Bildung“. Mit der Veranstaltung sollen Lücken im Bildungsangebot durch das Gewinnen neuer Zielgruppen geschlossen werden. Im Bereich der Frühkindlichen Bildung sehen die Akteure in Weiden zum Beispiel noch Potenzial für die Etablierung von Projekten der politischen Bildung.


↳ Text: Bildungsbüro der Stadt Weiden i.d.OPf.

Weitere Informationen:

Bildungsbüro der Stadt Weiden i.d.OPf.

 www.weiden.de/familie/bildungsbuero/bildungsstadt

„Demokratie leben!“ in der Stadt Weiden i.d.OPf.

 www.weiden-ist-tolerant.de



Praxisbeispiel Stadt Würzburg

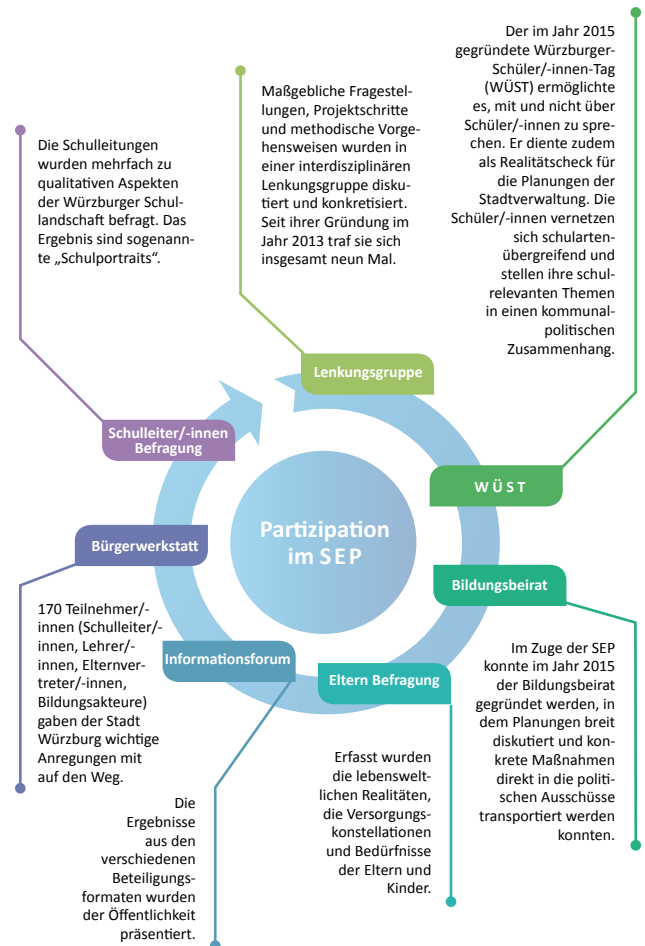
Kommunale Schulentwicklungsplanung als Motor für mehr Zusammenarbeit in der Bildungsplanung

Partizipativer Schulentwicklungsprozess (SEP): In Würzburg gelang es durch ein breit angelegtes Dialogverfahren verschiedene Zielgruppen und Expertinnen und Experten einzubeziehen und deren unterschiedliche Perspektiven und Interessen im Planungsprozess zu berücksichtigen.

Bei der Entwicklung von Plänen und Strategien folgt die Stadt Würzburg schon seit vielen Jahren dem Grundsatz der Partizipation. Sowohl die Verwaltung als auch die Bürgerinnen und Bürger wissen inzwischen um die Bedeutung echter Partizipation und so erfreuen sich Beteiligungsprozesse großer Beliebtheit.

Als der Fachbereich Schule 2011 vom Stadtrat den Auftrag erhielt, erstmalig langfristige Perspektiven zur Würzburger Schullandschaft zu erarbeiten, war schnell klar, dass dies nur unter enger Beteiligung der Zielgruppen, insbesondere der Schulen, Eltern und vor allem der Schülerinnen und Schüler gelingt, um nicht an deren Bedarfen vorbei, sondern mit ihnen zu planen. Und so wurde aus dem Auftrag zur Schulraumbedarfsplanung der Prozess der partizipativen kommunalen Schulentwicklungsplanung, in dem sich die Stadt Würzburg als aktive und gestaltende Bildungspartnerin versteht.

Kernelement des systematischen Prozessablaufs (2013 bis 2017) war die Schaffung einer Gremienstruktur zur Einbindung von Expertinnen und Experten und die Beteiligung möglichst vieler Interessensgruppen über Befragungen, eine öffentliche Bürgerwerkstatt sowie ein Informationsforum.



Ergebnis des Prozesses sind insgesamt 77 Handlungsempfehlungen, die nun schrittweise umgesetzt werden. Rückblickend auf einen langen und intensiven SEP ist festzustellen, dass die Entscheidung, neue Wege für Würzburg zu gehen und kommunale Schulentwicklung in breiteren Facetten als „nur“ der baulichen Entwicklung zu sehen und die Vielzahl an Fragen gemeinsam zu durchdenken, mutig, aber auch sehr hilfreich für die zukünftige Bildungsarbeit ist. Die Arbeit in den etablierten Gremien wird durch das Bildungsbüro kontinuierlich fortgesetzt.

↳ Text: Bildungsbüro der Stadt Würzburg



Weitere Informationen:

Bildungsbüro der Stadt Würzburg
www.bildungsbuero-wuerzburg.de



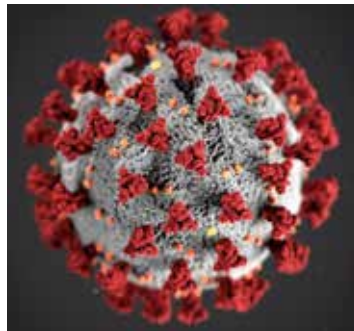
Strategische Schulentwicklung der Stadt Würzburg
www.wuerzburg.de/themen/kultur-bildung-kulturangebot/schulverwaltung/schulentwicklung/strategische-schulentwicklung



Kommunales Bildungsmanagement in Zeiten der Corona-Pandemie

Die Covid-19-Pandemie und ihre Auswirkungen haben das kommunale Verwaltungshandeln im Jahr 2020 entscheidend geprägt. vielerorts mussten die lokalen Gesundheitsämter personell verstärkt werden, u. a. auch durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem Bildungsmanagement. Das kommunale Bildungsmanagement selbst war ebenfalls vielfach betroffen: Schwerpunktthemen wurden neu bewertet, Prioritäten verschoben, Veranstaltungen und Sitzungen fanden nicht wie gewohnt statt, wurden neu konzipiert und organisiert. Die Kommunikation und die bestehenden Arbeits- und Abstimmungsroutinen sowohl innerhalb der Verwaltung als auch mit externen Bildungspartnern mussten neu ausgerichtet werden.

Andererseits boten die herausfordernden Rahmenbedingungen dem kommunalen Bildungsmanagement neue Optionen, um den Fokus verstärkt auf Bildungsthemen zu lenken. Im Zusammenhang mit der Digitalisierung etwa wurde offensichtlich, dass neben der Funktionalität der Ausstattung von Bildungsorten auch die Bildungsgerechtigkeit und der Zugang zu Bildung, insbesondere für sozial Schwächere, bedeutsame Themen sind. Prozesse des Bildungsmonitorings konnten hier eine faktenbasierte Basis schaffen, Diskussionen versachlichen und notwendige Veränderungsimpulse einleiten. Der Pandemie-bedingte Lockdown kann perspektivisch zu beschränkten außerschulischen Bildungsangeboten und reduzierten Ausbildungsangeboten führen, da insbesondere Kulturschaffende sowie zum Teil auch ausbildende Unternehmen davon betroffen sind. Die Gremien und Formate des Bildungsmanagements sind deshalb wichtige Plattformen, über die die (infrastrukturelle) Ausgestaltung einer lebendigen kommunalen Bildungslandschaft diskutiert und entschieden wird.



Die Folgen der Pandemie-Bekämpfung beeinflussen aber auch die strategischen Entscheidungen in den Kommunalverwaltungen. Mit der Beendigung beider BMBF-Förderprogramme richtet sich das Bildungsmanagement zudem neu aus: Fragen zur Bilanzierung des Erreichten und der Verstetigung des datenbasierten kommunalen Bildungsmanagements (DKBM) stellen sich in vielen der aktuell 59 Zielvereinbarungskommunen der Transferagentur Bayern. Über digitale Angebote zu Spitzengesprächen mit kommunalen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern, bilateraler Beratung und einer Vernetzung der handelnden Akteure bietet die Transferagentur ein umfangreiches Portfolio an Unterstützungsleistungen, um die Verstetigungsbemühungen vor Ort bestmöglich zu unterstützen.

Für die Transferagentur stellten und stellen die Kontaktbeschränkungen und veränderten Prioritätensetzungen in den Kommunen ebenfalls eine Herausforderung dar. Neue digitale Formate ermöglichen nun den wichtigen interkommunalen Austausch und bieten Raum für Reflexion, etwa über themenspezifische „Community Calls“ für kleinere Gruppen (Regionalbüro Süd) und Video-Konferenzen (Regionalbüro Nord). Entwicklungsworkshops werden ebenso online angeboten wie der Fachtag und andere regionale Fachformate. Manche neuen Formate und Projekte haben sich bewährt und werden auch zukünftig weitergeführt.

↳ Text: Regionalbüro Nord

Praxisbeispiel Stadt Fürth



Bildungsbüro untersucht Auswirkungen der Corona-Maßnahmen auf das Bildungsgeschehen in der Stadt Fürth

Das Bildungsbüro der Stadt Fürth hat im November 2020 bundesweit erstmalig ein umfassendes Papier zu den Auswirkungen der Pandemie im Bildungsbereich veröffentlicht. Bisher gibt es dazu noch kein standardisiertes Berichtswesen. Als 60-seitige Sonderausgabe zum 3. Bildungsbericht der Stadt Fürth legt das Corona-Extraheft qualitative Analysen, informative Grafiken und zahlreiche Handlungsempfehlungen vor. Der Bericht konzentriert sich auf die Bildungsbereiche Frühkindliche Bildung, Schulen, Übergang Schule-Beruf, Berufliche Bildung und Non-formale Bildung.

Weitere Informationen finden Sie unter:

 www.bildung-fuerth.de/news/neuer-bildungsbericht-inkl-coronareport-veroeffentlicht-55

WEITERE INFORMATIONEN

Zum Thema Demokratiebildung:

- **Weiterführende Links**
www.transferagentur-bayern.de/materialien/weiterfuehrende-links
- **Veranstaltungsdokumentation:** Virtueller Fachtag 2020 der Transferagentur Bayern zum Thema „DEMOKRATIE. PARTIZIPATION. VERWALTUNG - Ansätze für ein kommunales Bildungsmanagement“
www.transferagentur-bayern.de/materialien/dokumentationen

SAVE THE DATE

Mai 2021

Online-Fachtag der Transferagentur Bayern zum Thema „*Qualitätsmanagement im datenbasierten kommunalen Bildungsmanagement*“

VERÖFFENTLICHUNGEN



Fokus Bildung – Kommunen in Südbayern und Teilen Baden-Württembergs
(aktualisierte Ausgabe)

Gewusst wie!
Datenbasierte Bildungssteuerung in bayerischen Kommunen



Die Publikationen finden Sie unter folgendem Link zum Download:

www.transferagentur-bayern.de/materialien/publikationen

Für gedruckte Exemplare senden Sie bitte eine E-Mail mit Ihrem Bestellwunsch an:

bayern@transferagenturen.de

NEU GESTARTETE PROJEKTE (BMBF)

BNE-Kompetenzzentrum Bildung – Nachhaltigkeit – Kommune (BiNaKom)

Bildung – Nachhaltigkeit – Kommune: Ein BNE-Kompetenzzentrum für Prozessbegleitung und Prozessevaluation (BiNaKom) soll Kommunen dabei unterstützen, BNE entlang der Bildungskette auf kommunaler Ebene strukturell zu verankern und damit eine notwendige Voraussetzung für eine ganzheitlich nachhaltige Entwicklung in Kommunen zu schaffen. Aufbauend auf den Erfahrungen der „Transferinitiative für kommunales Bildungsmanagement“ und seiner Vorgängerprogramme sollen bundesweit circa 50 Modellkommunen dabei begleitet werden, die dort entwickelten Ansätze mit den verschiedenen Initiativen zu BNE in der Kommune zu verzahnen und zu optimieren.

Kontakt für Fragen zum Projekt: Dr. Lea Schütze,
Projektleitung Beratungsstandort Süd,
E-Mail: schuetze@dji.de, Tel.: 089-62306-348.

ZivilKoop

Einen Blick auf das Engagement zivilgesellschaftlicher Akteure für Bildung im kommunalen Raum und deren Kooperationsbeziehungen wirft das Forschungsprojekt ZivilKoop. Für die Forschungsarbeit wurden vier Kommunen ausgewählt: Landkreis Forchheim, Stadt Würzburg, Stadt Eisenach und Landkreis Nordhausen.

Aktuelle Forschungsergebnisse sind regelmäßig auf dem ZivilKoop-Blog zu finden: www.zivilkoop.de

Ganztag – Bundesweiter Qualitätsdialog

Mit dem „Wissenschaftsgeleiteten Qualitätsdialog zum Ganztag“ fördert das BMBF einen Austauschprozess zwischen Bildungsforschung, Bildungsverwaltung und Bildungspraxis. Ziel ist es, zentrale Qualitätskriterien eines guten Ganztags herauszuarbeiten.
www.dipf.de/de/qualitaetsdialog



Über die Transferagentur Bayern

Die Transferagentur Bayern für Kommunales Bildungsmanagement unterstützt Landkreise und kreisfreie Städte bei der (Weiter-)Entwicklung sowie Verstetigung von Managementstrukturen für eine aktive Gestaltung der kommunalen Bildungslandschaft. Zu ihren Leistungen zählen die Vermittlung von Know-how durch Qualifizierungsveranstaltungen, individuelle Beratung und Begleitung sowie die Vernetzung der Bildungsverantwortlichen im interkommunalen Erfahrungsaustausch.

Die Transferagentur Bayern ist ein Verbund aus dem Deutschen Jugendinstitut in München und der Europäischen Metropolregion Nürnberg. Zusammen mit acht weiteren Transferagenturen ist sie Teil der bundesweiten Transferinitiative Kommunales Bildungsmanagement und wird gefördert durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung.

Transferagentur Bayern
Beraten. Qualifizieren. Vernetzen.

www.transferagentur-bayern.de

Transferagentur Bayern

Regionalbüro Süd

Deutsches Jugendinstitut e. V.
Nockherstraße 2
81541 München
Telefon: 089/62306-229
Fax: 089/62306-162

Regionalbüro Nord

Europäische Metropolregion Nürnberg
Theresienstraße 9
90403 Nürnberg
Telefon: 0911/231-78480
Fax: 0911/231-7972

E-Mail: bayern@transferagenturen.de

Web: www.transferagentur-bayern.de